

Atomtest-Folgen in der Sowjetunion

MOSKAU. Die hohe Krebs- und Sterberate unter den Bewohnern der abgelegenen Gebiete im Norden Sibiriens könnte in Zusammenhang mit den in den fünfziger und sechziger Jahren dort stattgefundenen sowjetischen Atombombentests stehen. Nach einem Bericht der reformerfreundlichen sowjetischen Zeitung „Moscow News“ vom Mittwoch ist die atomare Verseuchung bei Bewohnern der Chukotka-Region westlich von Alaska ebenso hoch wie bei den Einwohnern der Gebiete, die 1986 durch den Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl radioaktiv verseucht wurden.

Der Grad der Verseuchung der in Nord-Sibirien lebenden Menschen sei doppelt so hoch wie der bei der sowjetischen Bevölkerung ermittelte Durchschnitt, schreibt das Blatt unter Berufung auf eine vom Leningrader Institut für Hygiene seit 1960 durchgeführte wissenschaftliche Studie. Inoffiziellen Berichten zufolge liege die durchschnittliche Lebenserwartung in der Region bei 45 Jahren und die Rate der Tot-Geburten bei sieben bis acht Prozent. AFP

Medikamenten-Franchise bereitet Probleme

KOPENHAGEN. Als Kostendämpfungs-Maßnahme haben Dänemarks Regierung und Parlament (es handelt sich um eine bürgerliche Minderheitsregierung) eine Änderung der Regeln für den Medikamentenbezug im Gesundheitsdienst verfügt: Bisher gab es eine Beteiligung der Patienten, die zwischen 25 und 50 Prozent des (in Dänemark ziemlich hohen) Abgabepreises lag. Dies wurde durch eine „Franchise“ er-

setzt: Für 800 Kronen (etwa 200 DM) Medikamente im Jahr muß man zunächst einmal voll aufkommen. Erst danach tritt die alte Regelung mit der Zuzahlung ein.

Die Regierung räumt inzwischen ein, daß diese Regelung nicht gerade ideal sei, aber sie solle noch eine Bewährungszeit hinter sich bringen. Es gibt bereits zahlreiche Versuche, sich um die Vollzahlung herumzudrücken. Zum Beispiel schreiben Ärzte Rezepte für mehrere Personen auf ein Formular für eine Person aus, damit die 200 DM schneller erreicht werden. Umfrage-Institute haben festgestellt, daß Patienten auf den Kauf der ihnen verschriebenen Medikamente ganz verzichten, weil sie ihnen zu teuer sind oder sie „strecken“ die Dosierung. Und in Extremfällen sollen Ärzte Patienten mit größerem Medikamentenbedarf einfach ins Krankenhaus eingewiesen haben. Dem Staat wird's teuer: Ein Tag im Krankenhaus ist viermal so teuer wie die Jahresbeteiligung an den Arzneimitteln. bt

Medikinale in Parma

PARMA. Vom 21. bis 26. November findet in Parma, Italien, zum vierten Mal das Internationale Festival des medizinischen und wissenschaftlichen Films statt. Die „Medikinale Internationales di Parma“ hat sich darauf spezialisiert, traditionelles medizinisches Denken mit ökologischen Erkenntnissen zusammenzubringen, um die Prävention von Krankheiten in den Vordergrund zu stellen. In diesem Jahr wird der inhaltliche Schwerpunkt bei den Zusammenhängen zwischen Ernährung und Krankheit, so etwa zum Thema Pestizidrückstände, liegen. Unter den 450 Filmen wird die international besetzte Jury 15 Preise vergeben. Weitere Informationen durch: Rosemarie Schatter, Friesenwall 83, 5000 Köln 1, Telefon (02 21) 13 24 51. cue

AIDS in Polen wie Aussatz

WARSCHAU. In Polen werden AIDS-Kranke wie Aussätzige behandelt, berichtete die Spezialistin Maria Pankowska vor kurzem in einem Artikel der Solidarnosc-Zeitung „Gazet“. Die Bevölkerung sei schlecht informiert über die Immunschwächekrankheit, und auch die Ärzte steckten voller Vorurteile. „Man verweigert ihnen in den Krankenhäusern medizinische Untersuchungen wie Röntgen und Blutabnahme. Man weigert sich, sie in den Ambulanzen aufzunehmen oder in die Zahnarztpraxiszimmer.“

Die einzige Abteilung für die Pflege von AIDS-Kranken in einem Warschauer Krankenhaus mit sechs Betten gebe es praktisch nicht mehr, da alle Ärzte außer dem Dienstchef gekündigt hätten. Dieser bleibe noch bis zum 15. Oktober, sagte Frau Pankowska. Das Gesundheitsministerium versichert hingegen, die Abteilung funktioniere. Drei neue Pflegestationen sollen dem Ministerium zufolge im September in Krakau (Süden), Bialystok (Nordosten) und Gdingen (Norden) geschaffen werden.

„Über AIDS muß besser informiert werden“, meinte Frau Pankowska. Das gelte auch für medizinische Kreise, deren Einstellung gegenüber der Krankheit „mittelalterlich“ sei.

Die Situation der Kranken verschlimmert sich laut Frau Pankowska noch durch einen chronischen Mangel an „Material guter Qualität“ wie Spritzen, Handschuhe und Schutzbrillen. Das Gesundheitswesen ist neben dem Wohnungssektor einer der am schwersten geschädigten Bereiche der polnischen Wirtschaft. Die Ärzte erhalten miserable Gehälter von umgerechnet rund 160 DM monatlich, auch wenn ihre Kompetenz anerkannt ist. In den Krankenhäusern fehlen vor allem Medikamente. An

den mangelnden Mitteln drohen alle Bemühungen um Vorsorge zu scheitern. So versicherte ein Arzt, der in Breslau die Anti-AIDS-Kampagne leitet, vor kurzem, 90 Prozent der in Polen verteilten Präservative seien nicht dicht. afp

UNO: Iran tötet politisch Gefangene

GENÈVE. Eine beachtliche Liste mit Verstößen gegen die Menschenrechte in Iran ist von der Menschenrechts-Unterkommission der Vereinten Nationen aufgestellt worden. In einer Resolution brachte die Unterkommission ihre „tiefe Beunruhigung“ angesichts der Zustände in Iran zum Ausdruck.

Besonders verurteilte die UNO-Organisation die Massenhinrichtungswelle, die Schwäche des iranischen Gerichtssystems, die große Zahl an Festnahmen und die schlechte Behandlung der Inhaftierten sowie deren Folterung.

Die islamische Republik wurde in der Resolution „inständig“ dazu aufgefordert, mit dem Sonderrepräsentanten der Vereinten Nationen für die Menschenrechtssituation in Iran, Reynaldo Galindo Pohl, zusammenzuarbeiten. Nach dem Bericht der Menschenrechts-Unterkommission sind seit Juli 1988 mehrere tausend politische Gefangene hingerichtet worden, oft unter dem Vorwand, es handele sich um Drogenhändler. Die Namen von über 1000 seit Januar 1989 Exekutierten seien sogar von den iranischen Behörden offiziell genannt worden. afp

21 000 Abtreibungen in Dänemark

KOPENHAGEN. Im vergangenen Jahr wurden in Dänemark 21 199 legale Abtreibungen vorgenommen. Das entspricht etwa einem Drittel der jährlichen Geburten. afp